



**Antrag
für die Sitzung der Enquetekommission am 19. April 2013**

Die Enquete-Kommission möge beschließen:

Die Enquete-Kommission bekräftigt, dass zur Stärkung der Gemeinden und Landkreise wesentliche bisher vom Land wahrgenommene Aufgaben zu kommunalisieren sind. Vor diesem Hintergrund nimmt die Kommission das Bogumil-Gutachten, die Vorschläge der AG Aufgabenerfassung und die weiteren Vorschläge zur Kenntnis. Sie stellt fest, dass in vielen Bereichen Potenzial für eine Kommunalisierung von Landesaufgaben vorhanden ist. Konkrete Empfehlungen zu einzelnen Vorschlägen gibt die Kommission nicht ab. Die Enquete-Kommission stellt die Vorschläge dem nächsten Landtag zur Verfügung, der dann über die Kommunalisierung zu diskutieren und zu entscheiden hat. Orientierung sollen dabei die im Beschluss der Enquete-Kommission vom 18. Februar 2013 festgelegten Grundsätze sein.

Begründung:

Im Abschlussbericht sollen dem Landtag die wesentlichen für eine Kommunalisierung in Betracht kommenden Aufgaben benannt, das Verfahren einer Kommunalisierung beschrieben und die für eine Entscheidung notwendigen Instrumente aufgezeigt werden. Es kann nicht Aufgabe der Kommission sein, in ihrem Bericht im Einzelnen festzulegen, welche Landesaufgaben auf die Landkreise oder die Gemeinden übertragen werden sollen. So kann die Kommission beispielsweise für die jeweiligen in Betracht kommenden Aufgaben keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen vornehmen. Die fachliche Sinnhaftigkeit bzw. Vertretbarkeit einer Kommunalisierung von Aufgaben kann nicht abstrakt, sondern nur mit konkretem Bezug auf die jeweilige Aufgabe bestimmt werden. Jede einzelne (Unter-) Aufgabe muss dahingehend analysiert werden, welche Wirkungen eine Kommunalisierung hätte. Das kann von der Kommission im Einzelnen nicht geleistet werden. Eine solche Prüfung würde darüber hinaus bedeuten, dass es keine Modellbetrachtung zur Entwicklung abstrakter Aussagen mehr wäre, sondern eine konkrete Untersuchung über die Kommunalisierbarkeit von Aufgaben der brandenburgischen Landesverwaltung. Auch die rechtlichen Voraussetzungen und Folgen können nicht im Detail betrachtet werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Werner-Siegwart Schippel

Fraktion DIE LINKE

Fraktion der SPD